

Sattler, Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Förderung des Gesamtwohls aller in Sattlereien, Portefeulles-, Ledergalanterie- und Reiseeffektenbetrieben, sowie im Tapezierergewerbe und den verwandten Nebenberufen beschäftigten Arbeitern, Arbeiterinnen, Lehrlingen usw.

Publikationsorgan der Berufsfrankenkassen

Inserate kosten die 4 gespaltene Petitzeile 1,50 Mark. Verbandsfachen 50 % Rabatt

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdenstraße 10 b III
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 2120

Erscheint wöchentlich. Preis 3 Mark pro Quartal. Zu beziehen durch alle Postanstalten

Achtung!

Zu eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsannahme in anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Warum das notwendig ist, kann jeder wissen!

Nur wer seinen fälligen Wochenbeitrag pünktlich entrichtet, sichert sich im Bedarfsfalle die Unterstützung aus der Verbandskasse.

Ereue Pflichterfüllung sichert die Rechte!

Für die Nummer 31 bestimmte Artikel und Berichte müssen bis zum 31. Juli in Händen der Redaktion sein.

Achtung, Statistikarten!

Am 31. Juli ist die Berichtskarte für den abgelaufenen Monat fällig. Um pünktliche Absendung der Karte wird ersucht. Freimarken aufkleben nicht vergessen.

Gewerkschaften und Revolutionäre.

Die „Rote Fahne“ druckt in ihrer Nr. 128 einen Artikel von N. Lenin ab, in dem die Frage erörtert wird, ob Revolutionäre in reaktionären Gewerkschaften arbeiten sollen.

Wir geben hier die Hauptgedanken auszugsweise bekannt, die der russische Bolschewistenführer zu dieser Frage äußert, die doch immerhin einige Bedeutung hat. Die deutschen „Linken“ hätten die Frage für sich verneint, ihnen genügten Deklamationen und gornige Ausrufe, die nichts enthalten als hohle Phrasen.

Lenin will nun in seinem Artikel klarlegen, was es allgemein Annehmbares, allgemein Bedeutsames, allgemein Verpflichtendes in der Geschichte und gegenwärtigen Taktik des Bolschewismus gibt, was in bezug auf Westeuropa anzuwenden sei. Er denkt sich die Diktatur des Proletariats und seiner Partei zu den Gewerkschaften so: Die Bolschewiki oder kommunistische Partei verwirklicht die Diktatur des Proletariats. Sie zählte im April 1920 611 100 Mitglieder. Auf dem letzten Kongreß kam auf je 1000 Mitglieder 1 Delegierter. Diese kommunistische Partei stütze sich unmittelbar auf die Gewerkschaften, die etwas mehr als 4 Millionen Mitglieder zählten. Alle Leiter der Gewerkschaften wären Kommunisten, dadurch wäre die Partei eng mit der Klasse und Masse verbunden. Ohne engste Verbindung mit den Gewerkschaften, ohne ihre Unterstützung und Mitarbeit nicht nur am wirtschaftlichen, sondern auch am militärischen Aufbau, hätten die Bolschewiki im Laufe von 2½ Jahren das Land nicht verwaltet und die Diktatur verwirklichen können.

Außer den Gewerkschaften wird der Kontakt mit den Massen durch parteilose Arbeiter- und Bauernkonferenzen aufrechterhalten. Aus ihrer Mitte würden die besten Funktionäre für den Staatsdienst ausgewählt. Ueberdies würde die

Arbeit der Partei durch die Sowjets betrieben, in welchen die werktätigen Massen ohne Unterschied des Berufs vereinigt sind. Daß die deutschen Kommunisten nicht in den reaktionären deutschen Gewerkschaften tätig sein können, dies Gerede sei ein lächerlicher, kindischer Unsinn.

Die neuerlichen Organisationsgründungen — die syndikalistischen Arbeiterunions — bezeichnet Lenin als ebensolchen lächerlichen, kindischen Unsinn. Der Kapitalismus hinterläßt dem Sozialismus zum Erbe den alten Handwerkerstand, der im Laufe von Jahrhunderten entstanden ist. Der Unterschied zwischen Handwerker und Arbeiter kann nur langsam, Jahr um Jahr, aufgehoben werden. Alles müsse sich zu Produktionsverbänden entwickeln; diese müssen ganze Produktionszweige umfassen zur Verrichtung und Leitung der Arbeit unter den Menschen, zur Erziehung, Schulung und Vorbereitung allseitig entwickelter und allseitig vorbereiteter Menschen. Die alles zu tun verstehen. Der Kommunismus soll dahin streben, dieses Ideal zu erreichen, und er werde es erreichen, aber erst nach vielen Jahren. Wer es heute unternimmt, dieser Entwicklung vorzugreifen, gleich einem Idioten, der es versucht, einem vierjährigen Mädchen Mutterpflichten aufzuerlegen. Lenin sagt: Im besten Falle ist das ein dummer Witz oder eine Kinderei, im schlimmsten Falle — Gemeinheit und Verbrechen.

Nun soll einer sagen, ob das etwas anderes ist, als was wir anderen Sozialisten auch wollen und erstreben. Als ob wir nicht gerade immer betont hätten, daß die Verwirklichung unserer sozialistischen Ideale in der Hauptsache eine Erziehungsfrage ist. Damit ist aber nicht erwiesen, daß Lenin vor 2½ Jahren, als in Rußland die Diktatur des Proletariats begann, bereits ebenso klug war, wie er heute zu sein scheint. Jedenfalls hat er Erfahrungen gemacht in dieser Zeit, die ihn zwingen, diese Wahrheiten auszusprechen, die doch vor allem an jene deutschen radikalen Kreise gerichtet sind, die sich einbilden, die in 30 Jahren später, mühsamer Arbeit aufgebauten deutschen Gewerkschaften mit ihrem demagogischen Pumbub von den revolutionären Betriebsräten und ihrem Geschrei, sie wären die allein richtigen Revolutionäre, so mir nichts dir nichts nach Gutdünken auseinanderzuweisen zu können und zu dürfen. Ob die Illusionäre vom revolutionären Betriebsrat die Mahnung Lenins verstehen und beherzigen? Es ist kaum anzunehmen, daß sie das drastische Beispiel vom vierjährigen Mädchen, dem sie Mutterpflichten zumuten, auf sich beziehen. Und doch sind nur sie gemeint, das unterliegt keinem Zweifel.

Was Lenin sonst noch über die Gewerkschaften ausführt, ist gegenüber der Tatsache, daß die russischen Gewerkschaften als die eigentlichen Pfeiler und Stützen der Revolution und ihrer Regierung zu gelten haben, von geringer Bedeutung. Wenn in Rußland 4 Millionen Gewerkschaftler (April 1920) die ganze Herrschaft tragen, so sehen wir daran, wie sehr verschieden die russischen Verhältnisse von unseren deutschen Verhältnissen sind. Wir haben 8¼ Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter in Deutschland. Natürlich haben wir auch eine von der russischen Industrie durchaus verschiedene Industrie und, was die Hauptsache ist, ein Heer von Leuten, die alle Führerrollen zu spielen suchen und in ihrem Wahn den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen.

Lenin scheint die deutsche Gewerkschaftsbewegung in einem ganz schiefen Licht zu sehen. Was

will es besagen, wenn er von gewissen reaktionären Tugenden, einer gewissen äünftigen Engherzigkeit, einer gewissen Tendenz zum Absolutismus spricht. In Organisationen, die Hunderttausende von Mitgliedern umfassen, geht es natürlich etwas bürokratisch zu wie in allen großen Körperschaften. Lenin scheint das auch einzusehen, denn er sagt: „Ein gewisser reaktionärer Geist der Gewerkschaften ist unter der Diktatur des Proletariats unvermeidlich. Unverständnis dafür wäre Verkennung der Hauptbedingungen des Uebergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.“

Damit will Lenin die reaktionären Maßnahmen entschuldigen, zu welchen die bolschewistische russische Regierung in Rußland gegriffen hat, um die Produktion wieder leidlich in Gang zu bringen. (Siehe an anderer Stelle Lenins Sinnesänderung über Diktatur.)

Es wäre grundverkehrt, wollte man dieselbe Methode in Deutschland anwenden, denn hier sind denn doch ganz andere Verhältnisse, und Lenin sagt selbst: „Die Kunst des Politikers für seine Aufgaben besteht darin, die Bedingungen und den Augenblick richtig zu werten, wann das Proletariat die Macht ergreifen kann.“ Nach unserer Auffassung beurteilt Lenin die westeuropäischen Gewerkschaften total falsch, wenn er die deutschen in einem Atemzuge mit den amerikanischen, englischen und französischen nennt. Ebenso schief ist sein Urteil in der Bewertung der Führer wie Compers, Jouhaux, Mehrheim, Henderson, Legien. Von der Bejähigung dieser Führer erwartet Lenin erst die Möglichkeit, die politische Macht zu ergreifen. Der Vorgang dürfte sich in Deutschland wesentlich anders abspielen, als es in Rußland geschehen ist. Wahrscheinlich sind wir dem Zeitpunkt näher, wo die Voraussetzungen erfüllt sind, an dem die deutschen Gewerkschaften zeigen können, welchen Machtfaktor sie darzustellen berufen sind. Es hat natürlich keinen Zweck, über eine solche Frage selbstgefällige Tiraden, revolutionär klingende Phrasen im Stil der allein echten Revolutionäre zu verzapfen. Die Gewerkschaften müssen die Voraussetzungen zur Verwirklichung der sozialistischen Ideale schaffen in emsiger stiller Kleinarbeit. Indem sie alle Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte usw. restlos organisieren, aufklären, schulen und zu Mitkämpfern erziehen.

Vor allem handelt es sich also darum, die Geschlossenheit der Gewerkschaften zu bewahren, und allen, die Unzufriedenheit und Uneinigkeit hineintragen wollen, das Spiel zu verderben. Wenn selbst ein Lenin dem Treiben der Syndikalisten usw. dertart entgegentritt. Dann müssen die deutschen Arbeiter erst recht dies tun und die Schädlinge kastrieren.

Welche Bedeutung übrigens den Gewerkschaften, der Arbeiterbewegung beigelegt werden muß, das trat klar und deutlich nach der Rede des deutschen Vertreters der Vergarbeiter, Hue, in Spa in die Erscheinung. Die Vertreter der Entente wurden doch recht bedenklich, als Hue klar und ruhig erklärte, ohne die Einwilligung der deutschen Arbeiter können die Diplomaten beschließen, was sie wollen, es wird doch nicht ausgeführt.

Was in Rußland die Bolschewiki sich erlauben durften, kann sich in Deutschland keine politische Partei erlauben, hier muß ein anderer Maßstab angelegt werden. In Deutschland kann die Diktatur des Proletariats keinesfalls nach russischem Muster angewendet werden, das ist doch leicht zu begreifen. Die deutschen Gewerkschaften sind schon auf dem richtigen Wege zum Ziel und die Arbeiter brauchen

sich nicht irre machen zu lassen durch Redensarten, die nur geboren sind aus dem mangelnden Verständnis für die gegebenen Voraussetzungen und Vorbedingungen, mit denen nun einmal gerechnet werden muß. Was Hue in Spa so schön von den Bergarbeitern, der Kohlenförderung und dem Wiederaufbau der Weltwirtschaft gesagt hat, das hat eine Bedeutung, für welche erst noch das richtige Verständnis in der Arbeitererschaft geweckt werden muß.

Auf was es ankommt, ist wohl nirgends besser ausgedrückt als in folgenden schönen Worten unseres unvergeßlichen August Bebel:

Sozialist sein heißt keineswegs bloß den Triumph einer bestimmten Partei vorbereiten, einen bestimmten Teil des Volkes einfach zur Macht bringen. Nein, es heißt arbeiten für eine Gesellschaftsordnung, in der alle aktiven Kräfte harmonisch verbunden werden und zu aller Nutzen zusammenwirken sollen. Das gilt für die Kinder eines Landes sowohl als auch für die verschiedenen Nationen. Frieden soll an die Stelle des Krieges treten, gegenseitige Dienste und Sympathie an die Stelle streitenden Eigenwillens und die Solidarität der Interessen an die Stelle der Zügellosigkeit, der Selbstsucht.

Alles oder nichts!

In der Versammlung der Reiseartikelbranche am 5. Juli machte ein Kollege den Zwischenruf: „Warum seid Ihr denn nicht in die Regierung eingetreten?“ Und in Nr. 26 unserer Zeitung ist ähnliches gegen die Unabhängigen in dem Artikel „Die politische Lage“ zu lesen. Darum ist es notwendig, auf einiges aus der Vergangenheit hinzuweisen.

Es ist vor dem Kriege Usus gewesen, dem Staate nichts zu bewilligen. Als trotzdem dieser Gebrauch durchbrochen wurde, war es August Bebel, der auf dem Magdeburger Parteitag 1910 diesen „Positiven“ unter Zustimmung der Anwesenden sagte: „Die Regierer haben in der Welt oft mehr erreicht, als die sogenannten positiven Arbeiter. Scharfe Kritik, scharfe Opposition fällt alle Zeit auf fruchtbaren Boden, wenn sie berechtigt ist, und unsere ist gewiß berechtigt.“

Neben manchem, was in dem Artikel ohne weiteres unterschrieben werden kann, sind einige Gedanken zu finden, die mit Bebel's Satz nicht in Einklang zu bringen sind; auch nicht mit der momentanen Notwendigkeit. Es wird vor allem der U. S. P. zum Vorwurf gemacht, den Bürgerlichen die Macht in die Hand gegeben zu haben, weil sie die Beteiligung an der Regierung abgelehnt habe. Und daß nunmehr die Einsicht siegen müßte, daß der Standpunkt: „Alles oder nichts!“ ein verfehlter sei. Daß der Kapitalismus die Macht schon längst, und nicht erst seit den Wahlen hat, weiß doch jedes Kind. Die Verhandlungen mit den Fabrikanten nach der Revolution und jetzt sind ein typisches Beispiel dafür.

Was hat uns denn unsere Arbeit im Wahlkampf so erleichtert? Doch nur das unsozialistische Verhalten und die Festigung des Kapitals seitens der S. P. D. in der Koalitionsregierung. Man kann unmöglich Todesfeind der bürgerlichen Gesellschaft sein, wenn man diese Klasse in ihrer Herrschaft stärkt. Wie oft sind die Segnungen der Koalitionspolitik auf die Arbeiter niedergesaut. Reichswehr, Zeitfreiwillige, Technische Nothilfe und dergleichen mehr sind doch ausschließlich nur Instrumente gegen die Arbeitererschaft. Die Kosten gehen in die Milliarden dafür und für soziale Aufgaben ist nichts da.

Was ist getan worden in der Frage der Sozialisierung? Nichts! Die dazu eingesetzte Kommission, aus dem bedeutendsten Männern bestehend, wurde verhöhnt. Das Ministerium, dessen Leiter ein Sozialist war, verweigerte einschlägiges Material. Die Kommission wurde zum Rücktritt gezwungen. Das können allerdings die Arbeiter nicht begreifen, und sie haben die Antwort gegeben.

Eine der wichtigsten Forderungen des sozialdemokratischen Programms ist die Trennung von Kirche und Staat, die Verweltlichung der Schule. Der liberale Minister Giesberts erklärte kürzlich, daß keine moderne demokratische Verfassung so starke Sicherungen für die Religion enthalte wie gerade die neue deutsche Verfassung. Und Herold, Führer des Zentrums, konnte schmunzelnd feststellen, seit Bestehen der Partei (1871) bis vor dem Kriege sei nicht soviel erreicht worden wie während der kurzen Dauer der Koalition von Zentrum, Demokraten und Rechtssozialisten.

Und in der Tat: Eine neue Welt soll geschaffen werden, und man gibt der Pfaffen die Aussicht über die Schule. Furchtbare Laster hat das Volk zu tragen, und die Geistlichen werden vom Staate besoldet. Die Kirche hat das Recht, selbst Steuern zu erheben, ohne darüber dem Staat Rechnung zu geben. Und

dar, lieber Kollege, hast es ja zum bezahlen. Du darfst dir keine Gedanken machen, warum die Kriegsgewinnler ihr Geld über die Grenze gebracht haben und konnten. Du sollst arbeiten, denn nur Arbeit kann uns retten und du schreist auf die Straße, wenn der Profit bedroht wird. Trotz großer Vorräte an Material wird nicht produziert, um die Preise auf der Höhe zu halten. Du mußt dir auch dem Abzug von 10 Proz. gefallen lassen, selbst wenn du verfürzt arbeitest.

Wo war denn da der Einfluß der S. P. D. in der Koalitionsregierung?

Und wo war dieser Einfluß, um nur eins anzuführen, bei der großen Frage der Mutterschaft? Wir forderten unentgeltliche obligatorische Einführung der Gebärmutterdienste bei Entbindungen 1909 sind 128 822 Entbindungen ohne jede Hilfe erfolgt allein nur in Preußen. Die Folge war, daß von 10 000 Frauen, die im Wochenbett starben, allein 7000 an Kindbettfieber zugrunde gingen. Von 140 000 Kindern, die kurz vor, während und kurz nach der Geburt starben, hätten 115 000 gerettet werden können bei besserer Fürsorge für die Schwangeren und Wöchnerinnen. 1910 trat bei Beratung der Reichsversicherungsordnung die gesamte Sozialdemokratie für diese Forderungen ein; heute, in der Republik, stimmt die S. P. D. dagegen. Weil kein Geld da ist. Für den Militarismus ist genug da. Wenn du 26 Wochen arbeitslos bist, ist aber kein Geld mehr da. Für Volksgesundheit auch nicht.

Merke dir das, Kollege! Und gehe nicht in die Falle.

Soll ich noch auf das Betriebsrätegesetz hinweisen? Wie die Regierung erst durch die großen Streiks der Arbeiter und Angestellten vorwärts getrieben wurde? „Dieses Gesetz ist der Sklavenbefreiung als Großtat der Menschheit an die Seite zu stellen!“ So schloß der Rechtssozialist Osteroth seine Rede zu diesem Gesetz. Es ist nur nichts zu spüren, denn trotz dieses Gesetzes herrscht der Kapitalismus brutaler als vorher.

Die Gewerkschaften zum Brennpunkt der Klassenbestrebungen des Proletariats zu machen, ist zweifellos der Sinn der Worte Däumig's. Er ist Abgeordneter der U. S. P. und hat sich an das Programm zu halten.

Ein Eintritt der U. S. P. in die Regierung dürfte nicht stattfinden. Ihre Wähler haben bei den Wahlen zu Groß-Berlin die Haltung gutgeheißen. Nun kommt aber ein Mundschreiben, streng vertraulich, an die Öffentlichkeit, welches der rechtssozialistische Parteivorstand an die Parteipresse gerichtet hat. Und da sehen wir, wie eine Rechtsregierung geradezu erwünscht wird und wie der Reichspräsident Ebert seine Macht parteipolitisch ausnutzen soll. Da fragt man nicht, ob den Bürgerlichen die Macht in die Hände gegeben wird; nur das Interesse der Partei spielt eine Rolle. Aber öffentlich greift man die U. S. P. an: Sie wolle eine Regierung Helfferich-Ludendorff, und streng vertraulich erhebt man solche. Ich glaube, der Artikelschreiber wird seine Meinung doch etwas ändern müssen.

Auch wir wollen die Einigung. Ich war während des Krieges gegen die Spaltung in der Erkenntnis, daß wir schon zuviel Arbeiterorganisationen haben (Gelbe, Christliche, Hirische usw.) und wir uns nicht den Luxus gestatten dürfen, zwei sozialdemokratische Organisationen nebeneinander zu haben. Solange aber eine Politik geführt wird, die im freisten Gegenatz zur sozialdemokratischen Weltanschauung steht, solange Todesurteile gegen Arbeiter gefällt und zur Vollstreckung unterzeichnet werden, solange reaktionäre Vorposten ungestrast eble Menschenfreunde umbringen können und zu Ehren und Würden kommen: solange wird es keine Einigung geben! Eine Politik, ausgeübt wie die vor dem Kriege, erfüllt mit den Erkenntnissen der neuen Zeit, wird die Einigung bringen können. Niemals aber, wenn Führer der S. P. D., wie Franz Krüger, auf dem Höhepunkt ihrer Macht, glauben, Reden halten zu können, wie die am 28. August 1919 vor dem Parteiausschuß, daß die S. P. D. ganz konsequent eine Politik gegen links führen müsse und man sich vom Einigungsgesimel freizumachen habe.

Die Wahlen haben nicht die Möglichkeit einer rein sozialistischen Regierung gegeben. Eine Koalition mit dem Bürgertum hätte die Spaltung verewigt und die Verelendung der Massen verhäßt.

Aber das eine ist gewiß: Wenn auch die Zersplitterung der Arbeitererschaft die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus verzögert — die Arbeitererschaft ist auch so noch stark genug und von gemeinsamen Interessen besetzt, daß die Aufrichtung einer Gewalt Herrschaft in Deutschland scheitern wird. Pelersshagen. Aug. Blume.

Hierzu haben wir folgendes zu bemerken: Kollege H. Blume benutzt folgenden kurzen Satz aus dem Artikel „Die politische Lage“ in Nr. 26 zu einer Polemik:

„Die sozialdemokratischen Parteien haben den Bürgerlichen die Macht und Herrschaft selbst in die Hände gespielt. Daß die Mehrheitspartei es abgelehnt hat, in die Regierung einzutreten, ist begründlich, weniger zu begreifen ist das Verhalten der Unabhängigen. Werden sie aus der Situation, die sich nunmehr ergibt, nicht die Lehre ziehen, daß der Standpunkt: „Alles oder nichts!“ ein unhaltbarer ist.“

Hier wird beiden sozialdemokratischen Parteien gleichermäÙe gesagt: Ihr habt den Bürgerlichen die Macht in die Hände gespielt. Alles andere ist nebensächlich.

Daß die Mehrheitsparteien sich nicht an der Regierungsbildung beteiligt haben, nachdem die Unabhängigen eine Beteiligung ablehnten, ist Tatsache; die Nebenumstände ändern daran gar nichts.

Mit demselben Rechte, wie Kollege H. Blume die U. S. P. glaubt verteidigen zu müssen, kann daraufhin auch ein anderer die S. P. D. verteidigen wollen. Aus diesem Grunde richteten wir an den Kollegen Blume die Bitte, von einer Veröffentlichung des Artikels abzusehen. Kollege Blume bestand darauf. Wir verzichteten auf jede weitere Polemik.

Fünfte Tagung des Ausschusses vom Allgemeinen Gewerkschaftsbund.

Der leidige Mannmangel bringt es mit sich, daß wir nur verspätet und kurz über die Tagung, die vom 6. bis 8. Juli stattfand, berichten können. Die Gesamteinnahme des Bundesvorstandes betrug nach dem Bericht 1 270 416,04 Mk., der Vermögensstand betrug 366 700,84 Mk. Dem Deutschen Reichsausschuß für Jugendpflege wurde ein Beitrag von 500 Mk. jährlich bewilligt. Den Angestellten des Bundes wurde dann, entsprechend den Vorschlägen einer Kommission, eine wesentliche Erhöhung der Gehälter und Diäten bewilligt. Dann nahm der Ausschuß Stellung zu den Streitigkeiten zwischen den Verbänden der Porzellan- und Fabrikarbeiter durch die Erklärung, daß er jedem Verteidigung des Organisationsgebietes zusehe. Dann wurde die Organisation der Betriebsräte beraten; die Zahl der Mitglieder der Reichszentrale wurde auf sechs festgesetzt. Drei stellt der Bund, zwei die Ufa und der Sekretär ist der sechste Vertreter. Die „Betriebsräte-Zeitung“ erscheint monatlich im Umfange von acht Seiten unter Leitung von Dr. Striemer.

Eine interessante Aussprache hat über die Sozialierungsbestrebungen und die damit zusammenhängenden Versuche im Baugewerbe und den Lebensmittelerufen angestrebte Gründung von Industrieorganisationen größten Stils stattgefunden. Es kam indes zu keiner Klärung dieser wichtigen Frage. Man hat eine Studienkommission von 11 Personen eingesetzt mit dem Auftrag, gemeinsam mit dem Bundesvorstand die Frage zu prüfen.

Im November 1920 soll in Amsterdam ein internationaler Gewerkschaftskongress stattfinden. Es wurde beschlossen, 11 Vertreter zu der Tagung zu senden.

Dann wurde gegen wenige Stimmen folgende EntschlieÙung angenommen:

„Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands haben in der jüngsten Zeit ihren Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und der mit der Lebenshaltung der Arbeitererschaft im Zusammenhang stehenden Dinge nicht unbedeutlich gestärkt. Deshalb bemühen sich andauernd die organisierten Arbeiter, die Mitgliederziffern ihrer Organisationen weiter zu erhöhen. Dieses um so mehr, als die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Arbeitererschaft vor Aufgaben größten Ausmaßes stellt. Aufgaben, deren Umfang und Bedeutung die Zusammenfassung aller Kräfte erfordert. Auf dieser Erkenntnis beruht das Streben der Arbeitererschaft nach Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen Normen. Wo sich Fälle von Terror in Arbeiterkreisen zeigten, sind sie beeinflusst von dem Wunsch auf Stärkung ihrer Vereinigungen bzw. auf Schaffung ausschlaggebender gewerkschaftlicher Organisationen.“

Von seiten der Arbeitgeber ist das Organisationsstreben der Arbeiter vielfach durch Zwangsmittel verschiedenster Art unterbunden worden, die gegen organisierte Arbeiter angewendet wurden. In der Verurteilung derartiger Zwangsmittel sind alle Organisationen einig.

Sie müssen auch einig sein in der Verurteilung aller Fälle von gewalttätigem und geistlichem Terrorismus, gleichgültig, ob dieser von den Unternehmern, von einflußreichen Personen durch Androhung wirtschaftlicher Nachteile oder durch Ausübung von Gewissenszwang, oder von Anhängern der einen Gewerkschaftsorganisation gegen Anhänger einer anderen Gewerkschaftsorganisation ausgeübt wird.

Die Koalitionsfreiheit, die in Artikel 159 der neuen Reichsverfassung garantiert ist, gibt den Arbeitern das Recht, sich einer Organisation anzuschließen, die ihrer Überzeugung entspricht. Dieses für alle geltende Recht darf nicht in ein Unrecht, in den Zwang ausmünden, den einzelnen in eine be-

stimmte Organisation zu pressen. Die untergeordneten Organisationsleitungen beurteilen jede gewaltsame Einwirkung auf die Zugehörigkeit zu einer Organisation mit aller Entschiedenheit. Sie fordern alle ihre Beamten, Angestellten, Vertrauensmänner und Mitglieder auf, in und außerhalb der Betriebe jedem Zwang auf organisierte Arbeiter zum Zwecke des Austritts aus einer Organisation oder des Uebertritts von einer Organisation in eine andere auf das nachdrücklichste entgegenzutreten.

Dann wurde gegen 3 Stimmen eine längere Entschließung angenommen gegen die Rundgebung der Arbeitgeberverbände, betreffend den Abbau der Löhne. Es heißt darin zum Schluß:

„Die Gewerkschaften müssen entschieden Verwahrung einlegen gegen den einseitigen Versuch führender Arbeitgeberverbände, die Lohnregelung der paritätischen Verständigung zu entziehen und der früheren Willkür kapitalistischer Herrschaftseliten zu unterstellen.“

Zur Frage der Anrechnung der Beiträge bei Uebertritten zu anderen Verbänden wurde eine Kommission mit der Prüfung beauftragt. An die Arbeitersekretariate und Gewerkschaften wurde das Ersuchen gerichtet, sich tatkräftig der Invaliden anzunehmen.

Zur Frage der Beteiligung lebenswichtiger Betriebe bei Generalfstreiks wurden die Gewerkschaftsvorstände ersucht, für ihre Verwaltungsorgane Richtlinien über das Verhalten ihrer Mitglieder in solchen Fällen aufzustellen.

Die politische Lage.

Die politische Situation befindet sich wieder einmal in sehr kritischem Stadium. Welche Lasten das deutsche Volk und namentlich die Arbeiterkraft zu tragen hat, ist wohl durch das Auftreten der Vertreter Frankreichs in Spa und den Ausgang dieser Aktion klar geworden. Nun kommt die zunehmende deutsche Wirtschaftskrise und die vordringende russische Offensive zuzunehmen, um den Zustand vollends zu verwickeln. Die russischen Armeen dringen ungehemmt nach Westen vor, angeblich, um den Verkehr mit Deutschland, ungehindert durch die polnische Sperre, aufnehmen zu können. Das ist an sich verständlich. Gleichzeitig erscheint aber auch ein Aufruf der kommunistischen Internationale, der zu einer Agitation in Serbien, Armenien und der Türkei auffordert. Daß diese Agitation in Deutschland und den westlichen Ländern schon längst intensiv gepflegt wurde und von Erfolg war, ist der Entente höchst unangenehm. Schon wird berichtet, daß englische Truppen unter falscher Flagge zur Unterstützung der Polen gegen die Russen durch Deutschland geführt wurden. In Ostpreußen befürchtet man den Einbruch der russischen Truppen und natürlich gleichzeitig kommunistische Aufstände. Angeblich will die Regierung, um vorzubeugen, den Belagerungszustand verhängen. Schon die nächsten Wochen müssen uns Klarheit bringen, was da wieder zusammengebräut wird. Es kann sehr leicht dahin kommen, daß sich die Völker wieder auf deutschem Boden herumschlagen und der Weltkrieg in neuer Auflage über uns hereinbricht.

Und in dieser Situation noch dazu die Wirtschaftskrise mit all ihren bekannten Begleitererscheinungen, in vielfach verstärkter Form und Umfang das Gespenst der Arbeitslosigkeit, kann zu einem Faktor von großer politischer Tragweite werden. Einzu kommt der Unersand und Uebermut des Unternehmertums, das in seinem Haß und Dünkel gierig darauf lauert, den Arbeiter wieder niederzudrücken zu können. Denn darauf kommt es ihnen an. Von niedrigeren Löhnen und billiger Rechtslosigkeit der Arbeitermassen erwarten die Unternehmer alle Vorteile für sich selbst. Wohingegen stoßen wir auf soziales Verständnis, wo sehen wir die Unternehmer als prakt. Organisatoren der Wirtschaft? Hilflos stehen sie der wirtschaftlichen Krise gegenüber, an der sie durch die Art und Weise, wie sie Geld zu verdienen wissen, die Hauptschuld tragen.

Die privatwirtschaftliche Produktionsweise, das sogenannte freie Spiel der Kräfte, gleicht einem wogenden Meer, das unaufhörlich sein Aussehen verändert. Krise und Konjunktur wechseln unaufhörlich — Ueberfluß und Mangel sind gleichzeitig vorhanden. Die große Masse des Volkes ist nicht imstande, das Nötigste zu kaufen — ein kleiner Teil aber erstickt im Ueberfluß. Der einzelne Mensch darf nicht mehr das Recht haben, darauflos zu wirtschaften nach dem Wahlspruch: Nach uns die Sintflut!

Der Stand der Betriebsrätefrage.

Die Betriebsrätezentrale in der Münzstraße hat einen Beschluß durchgesetzt, daß eine selbständige Betriebsräteorganisation neben den gewerkschaftlichen gebildet werden müsse. Die „Note Fahne“, das Zentralorgan der kommunistischen Partei hält ihnen vor, sie hätten es doch von vornherein selbst für unmöglich erklärt, mit ihrer Auffassung in den freien Gewerkschaften durchzudringen. Nun hätten sie be-

schlossen, sogar die Christlichen und Gelben usw. mit zu erfassen. Diese Rechnung hätte insofern ein Loch, weil sich Betriebsrätemitglieder, die auf einem anderen Boden stehen, nicht den Parolen derer in der Münzstraße fügen. Man dürfe die Afa-Angestellten nicht schon heute als reaktionär bezeichnen, weil sie nicht die Müllerischen Organisationsständeleien gutheissen.

Es ist überaus interessant, was die „Note Fahne“ alles zu kritisieren und zu prophezeien weiß. In der U. S. P. D. soll der Syndikalismus, der verworrene, zerfallende Geist, dieses unklare, widerspruchsvolle Gebilde sein Wesen treiben.

Während die kommunistische Partei diesen verderblichen Geist in ihren Reihen bereits zerstört habe, der sich einbildet, alles durch einen allgemeinen Generalfstreik der Massen ohne Führer zu erzielen, ohne erst nötig zu haben, den besperrlichen Weg der revolutionären Arbeit durch Partei und Gewerkschaft gehen zu brauchen.

Die kommunistische Partei führe den politischen Kampf nach den Grundätzen des revolutionären Marxismus, gegen den bürgerlichen Staat. Sie könne ihn nur führen mit den revolutionären Massen der Arbeiterschaft. Der Radikalismus sei die Kinderkrankheit des Kommunismus, das habe Lenin in jenen gesagt, die sich von den konterrevolutionären Gewerkschaften absondern, in denen die Massen der Arbeiter sind. Und gerade jetzt stellt sich dieser Arbeit, diese Massen zu gewinnen, der zerfallende Geist entgegen, der überwunden werden muß, wenn die Revolution siegen soll. Die Bestrebungen der Betriebsrätezentrale, sich von den Gewerkschaften in einem besonderen Verein abzusondern, seien um so gefährlicher, als dieser Geist in der U. S. P. D., der Massenpartei, welche die U. S. P. D. heute noch ist, auftritt.

In der Tat, diese Vorgänge in dem Streit um die Betriebsräte sind von tieferer Bedeutung, als zurzeit von den Arbeitermassen erkannt wird. Daran kann auch keine spießbüdige Auslegung und etwaige Zweiteilung der Aufgaben der Betriebsräte in solcher politischer, wirtschaftlicher, betriebstechnischer Art ändern. Das wird ein schöner Rinddel-Wunderl werden, wenn die Betriebsräte bald der revolutionären Betriebsrätezentrale, bald der gewerkschaftlichen über ihr Tun und Lassen Nechenschaft geben sollen. Gossentlich finden die Arbeitermassen bald die Kraft, jene Konfusionsräte entgültig abzuschnitteln, die sich so frampfhaft bemühen, Zersplitterung und Stank zu schaffen auf jeden Fall.

Aus dem Tapeziererberufe.

Die Berliner Zwangsinnung der Tapezierer beschäftigte sich in ihrer Versammlung vom 28. Mai eingehend mit der Lehrlingsfrage. 24 Lehrlinge wurden zu Gehilfen ausgesprochen, die Prüfungsarbeiten wurden als gute Arbeit bezeichnet, einer muß ein Vierteljahr nachlernen.

Die Zustände in der Fachschule erfuhren eine scharfe Kritik, in der Polsterklasse wird so gut wie gar nicht gearbeitet. In Zukunft soll die Prüfungskommission bestimmt eingreifen. Diese hat auch beschlossen, die Lehrlinge alle halben Jahre ärztlich untersuchen zu lassen, um etwaige Mängel sofort abzustellen. Die Kostgelder für Lehrlinge werden nach den Beschlüssen der Handwerkskammer wie folgt festgesetzt: 1. Jahr 15 Mk., 2. Jahr 20 Mk., 3. Jahr 25 Mk., 4. Jahr 30 Mk. pro Woche.

Die Behaltenshaltung wird wie folgt geregelt: Betriebe bis 2 Gehilfen 1 Lehrling, 3 bis 5 Gehilfen 2 Lehrlinge, 6 Gehilfen 3 Lehrlinge. Mehr wie 3 Lehrlinge dürfen nicht beschäftigt werden. Wenn der jüngste Lehrling zwei Jahre gelernt hat, ist der Meister berechtigt, einen neuen Lehrling für den Auslernenden einzustellen.

Die Verschmelzung mit den Sattlern lehnt die Berliner Zwangsinnung der Tapezierer einstimmig ab, nachdem Spindler und Widmann dagegen gesprochen hatten.

Man darf wohl daraus schließen, daß der am 1. August im Zoologischen Garten in Dresden tagende 25. Verbandstag des Tapeziererbundes ebenfalls die Verschmelzung mit den Sattlern ablehnen wird. Des Menschen Wille ist kein Himmelreich.

Verdient Spaltleder die Bezeichnung „echt Leder“.

Ein Käufer hatte eine Tasche aus Rindspaltleder gekauft, welche im Schaufenster mit der Aufschrift „echt Rindleder“ ausgestellt war. Der Verkäufer erklärte auf Befragen, ob die Tasche aus echtem Rindleder gearbeitet ist, daß zur Herstellung Rindspaltleder verwendet sei, das er gleichwohl als echtes Rindleder bezeichnete.

Der Käufer stellte Strafantrag wegen Betrugs, und in der Verhandlung erklärte der Sachverständige, daß nur volles, d. h. ungespaltenes Leder als echtes angesehen werden könne. Spaltleder sei minderwertig, unter Primaleber sei aber nur Kern-

leder zu verstehen. Der Verkäufer hatte gesagt, daß volles Rindleder als prima Leder bezeichnet wird.

Der Angeklagte wurde zwar freigesprochen, aber nur weil das Gericht keinen Betrug, sondern unlauteren Wettbewerb als vorliegend erachtete. Dazu war aber kein Strafantrag gestellt. In der Zeitschrift „Luzus und Bedarf“ vertreten nun 2 Eingelender den Standpunkt, Spaltleder sei Rindleder, insofern könne es nur als echtes Leder angesprochen werden. Demgegenüber leuchtet „Luzus und Bedarf“, daß die Frage bereits im Jahre 1914 durch zahlreiche Gutachten, darunter auch Sattlerinnungen, dahin beantwortet ist, daß Spaltleder nicht als echtes Leder bezeichnet werden dürfe. Ein gegenständlicher Brauch laufe auf eine Irreführung des Publikums hinaus. Ein Beschluß vom maßgebenden Körperlichkeiten zur Festlegung des handelsüblichen Begriffs „echtes Rindleder“ liege indes noch nicht vor.

Erwiderung.

Das Eingekandt in Nummer 24 unseres Fachblattes von Solingen zwingt mich, zur fraglichen Angelegenheit Stellung zu nehmen, um so mehr, da das, was das Eingekandt bringt, wesentlich anders lautet als das, was der Kollege Mohrmann auf dem Verbandstag in Halle mitteilte. Vielleicht wurde die Angelegenheit später so geregelt, wie im Eingekandt steht, ich aber sowie auch andere Delegierte des Verbandstages haben das gehört, was als Wesentliches in dem Hamburger Bericht steht. Warum ich eigentlich auf die Solinger Aussperrung zu sprechen kam, rührt daher, daß bei der Verwaltung angefragt wurde, ob schon etwas getan worden ist zur Unterstützung der Solinger Kollegen, worauf ich dann die vom dortigen Schriftführer zitierten Angaben machte. Für das Drum und Dran an dem Bericht kann ich natürlich nicht, ebenso lag es mir fern, die Solinger Kollegschaft herunterzuziehen oder gar, wie am Schluß des Eingekandt bemerkt wird, Zersplitterungspolitik zu treiben. Wer mich kennt, weiß, daß mir nichts ferner liegt als das Gegenteil. Hans Böhner.

Warum in Deutschland kein Preisabbau?

In Amerika ist in großzügiger Weise mit Preisherabsetzungen vorgegangen worden. Herrenkleider sind von 60 Dollar auf 28½ Dollar im Preise herabgegangen, Damenkostüme von 80 auf 50 Dollar. Damenstühle, die vor kurzem noch 20 Dollar kosteten, sind auf 11½ Dollar gesunken. Ein bedeutendes Schuhlager in San Francisco verkaufte an einem einzigen Tage sein gesamtes Schuhlager aus, nachdem die Preise um 40 Proz. herabgesetzt worden waren. In Philadelphia festten alle Geschäfte ihre Preise um 20 bis 40 Proz. herab. In Ohama haben die Magazins einen allgemeinen Preisabschlag von 50 Proz. vorgenommen, und in Cincinnati sollen gar die Preise um 75 Proz. zurückgegangen sein.

Man kann das Beispiel der Amerikaner unsern Geschäftsleuten nur zur Nachahmung empfehlen, sonst ist an Zunahme der Umsätze nicht zu denken. Bei der großen Mehrheit des Volkes ist die Kaufkraft längst auf den Nullpunkt gesunken. Man kann daher auch nicht gut von einem Streik der Käufer reden, wenn die Mittel zum Kaufen fehlen.

Wenn der Arbeiter alt wird.

Der Kollege Widmann ist seit 40 Jahren bei der Firma Wülfing jun. in Elberfeld beschäftigt. Gerade diese Tatsache, die doch keines der Firma besondere Anerkennung und Würdigung verdient hätte, mußte aber als Vorwand herhalten, dem Kollegen den ihm zukommenden Lohn vorzuenthalten. Es wurde einfach behauptet, Widmann sei schon seit Jahren nicht mehr voll leistungsfähig. Ein Mann, der 40 Jahre in einer Vertreiberrienensabrik tätig ist, dürfte wohl durch Erfahrung und Geschäftlichkeit weit machen, was ihm vielleicht an rein physischer Leistungsfähigkeit gegenüber jungen kräftigen Leuten etwa abgehen sollte. Unsere Verbandsvertreter brachten die Sache vor den Schlichtungsausschuß und beantragten, die Firma zur Nachzahlung des vorenthaltenen Lohnes zu verurteilen. Der Schlichtungsausschuß beurteilte die Firma zur Nachzahlung von 1989,43 Mk. für entgangenen Lohn.

Streiks und Lohnbewegungen.

Eisenach. Wegen Lohnabzug durch die Unternehmer stehen seit 24. Juli die Kollegen im Abwehrstreik. Zugang ist fern zu halten.

In Liegnitz sind wegen Maßregelung eines Mitarbeiters des Betriebsrats Differenzen ausgebrochen — Firma Seehausen u. Staat, Karosseriebau — zwei Kollegen sind ausständig. Zugang ist fern zu halten.

Korrespondenzen.

Hamburg-Altona. (23. Juli.) Versammlung vom 16. Juli. Die Abrechnung für die Hauptkasse beträgt 29 900,69 Mkt. in Einnahme und Ausgabe. Für die Ortskasse: Einnahme 29 102,35 Mkt., Ausgabe 16 621,11 Mkt., Bestand 12 481,24 Mkt. Mitgliederzahl: männlich 1319, weiblich 163. Zusammen 1482. Der Rückgang von 42 Mitgliedern gegen das Vorquartal ist auf die Einstellung der Hauptkassierung zu buchen. Zum Wiederaufbau des Volkshauses in Leipzig werden aus der Lokalkasse 25 Pf. pro Mitglied bewilligt.

Der Antrag, für die Erwerbslosen den Verbandsbeitrag aus der Lokalkasse zu zahlen, wird, nachdem schon eine Vertrauensmännerziehung den Antrag abgelehnt hat, auch von der gut besuchten Versammlung abgelehnt. Münster weiß auf den beabsichtigten Abbau der Löhne hin, der es uns zur Pflicht macht, den Verband zu einer starken Kampforganisation auszubauen. Mit einem Verband, der nur Wohlfahrtseinrichtungen diene, ist uns nicht geholfen. Dregelius erinnert an unser Sommervergnügen am Sonnabend, den 7. August, im Kl.-Flottbeker Park und erwartet recht guten Besuch.

W. Werner.

Leipzig. (24. 7.) Versammlung vom 16. Juli. Hilbig gab die Abrechnung und wurde entlastet. Die Gewährung der Beiträge für die Arbeitslosen aus der Lokalkasse wurde infolge steigender Arbeitslosigkeit und damit verbundener Belastung unserer Lokalkasse abgelehnt. Dem Kollegen Nulla, der infolge Nichtanfähigkeit keine Reichsarbeitslosenunterstützung erhält, wird der Wochenbeitrag aus der Lokalkasse vergütet. Schubert und Tscharke berichten von der Karlell- resp. Vorstandskonferenz, daß die häufigen Klagen am Arbeitsamt die Bildung einer Beschwerdef Kommission notwendig macht. Hierzu wird Barthel vorgeschlagen. Ein Antrag Weigel, die Kollegen Saling und Snegner gemäß § 4 Abs. 2 aus dem Verband auszuschließen, wird einstimmig angenommen. Beide sind bei der Lohnnachbezahlung des Reichstaxi für die Reiseartikelbranche umgefallen. Ihrem Chef zuliebe erklärten sie am Gewerbegericht, daß ein Arbeitskollege, welcher bereits vor dem Kriege und bis jetzt dort gearbeitet hat, minder leistungsfähig sei, und erschwerten ihm dadurch seine Forderung. Diese Angelegenheit wird die Bezirksfachlichungskommission genannter Branche noch beschäftigen.

E. Kofig.

Ohrdruf. In unserer Filiale sind sämtliche am Orte beschäftigten Sattler- und Tapezierergehilfen dem Verband angeschlossen. In letzter Zeit wurde aber in fast allen Betrieben verkürzt gearbeitet. Die Lage der Patentmatragenarbeiter (in Firma A. Knipperberg) ist ganz trübsal. Die Arbeitszeit wurde auf 24 Stunden verkürzt und Entlassungen vorgenommen. In anderen Betrieben ist es auch schon zu Arbeitszeitverkürzungen gekommen. Wann diese Krise und wie sie behoben werden kann, ist heute noch eine Frage der Zeit.

C. Fischer

Rundschau.

Die Lage der Kohlenwirtschaft. Der Geschäftsführer des Reichskohlenrats Königeter hat in der Sitzung des Reichskohlenrats am 11. Mai Bericht erstattet über die Lage Kohlenwirtschaft. Danach ist die Festsetzung der Kohlenpreise Sache des Reichskohlenverbandes, dem auch Vertreter der Arbeiter angehören. Die letzten Preiserhöhungen wären durchaus nötig gewesen infolge Lohnerhöhungen usw. Neue Lohnerhöhungen sind in Sicht und neue Preiserhöhungen. Eine neue Kohlensteuer ist in Aussicht genommen, dazu kommt die Oberschlesische Frage, die Lieferungsverpflichtung an die Entente, also ständig neue Belastung. Mit der Kohlenförderung steht und fällt Deutschland, die Förderung muß gesteigert werden, sie ist das Mittel die Preise zu senken.

Im Mai sagte der Geschäftsführer, der Lokomotivmangel besteht noch immer mit aller Schärfe. Und Anfang Juli heißt es bereits, die Lokomotivbetriebe müssen schließen wegen Mangels an Aufträgen. Wie reimt sich das alles zusammen? Daß der Hausbrand im vergangenen Winter recht mangelhaft beliefert wurde, gibt der Herr zu und verspricht für den kommenden Winter bessere Belieferung. Vor allen Dingen soll die Landwirtschaft besser versorgt werden, dann die Zement-, Kalkwerke, die Ziegeleien und Baustoffindustrie. Hoffentlich werden diese Absichten, was Förderung und Belieferung der lebenswichtigen Betriebe und der Haushaltungen betrifft, verwirklicht und stehen nicht bloß auf dem Papier. Zeit wirds bald.

Bücherschau.

Heinrich Ströbel. Firm-Verlag Berlin W. 57, Potsdamer Str. 67. Die deutsche Revolution, ihr Unglück und ihre Rettung. Preis 19,50 Mkt. Der

Verfasser legt dar, wie der Krieg und die Kriegspolitik die Revolution beeinflussten und wie die Spaltung der Arbeiter derselben zum Verhängnis wurde. Er erwartet die Rettung von der Ausöhnung auf dem Boden sozialistischer Demokratie.

Verbandsnachrichten.

Die Arbeitslosigkeit macht sich an allen Orten unangenehm bemerkbar. Einzelne Ortsverwaltungen haben deshalb das Ersuchen gestellt, den Zugang nach ihrem Ort gänzlich zu sperren. Das ist ein unerfüllbares Verlangen, was dem einen Ort recht wäre, wäre dem anderen nur billig. Wir können doch unmöglich die Freizügigkeit völlig verbieten.

Versammlungskalender.

Frankfurt a. Main. Am Montag, den 9. August 1920, nachmittags 5 Uhr, Gewerkschaftshaus, Kleiner Saal: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über Bildungsfragen. 2. Abrechnung. 3. Verschiedenes.

Reiseartikel- und Portefeinlerbranche. Mittwoch, den 4. August, abends 7 Uhr, bei Voeker, Weberstr. 17, Branchenversammlung. Tagesordnung: Vortrag und anderes.

Spandau. Mittwoch, den 4. August, Branchenversammlung bei Steinmetz, Bismarckstr. 8.

Briefkasten der Redaktion.

Wegen Raumangel mußten verschiedene Einfendungen zurückgestellt werden.

Sterbetafel.

Hamburg. Am 19. Juli verstarb unser Mitglied Carl Barna im Alter von 68 Jahren.

Magdeburg. Gest. am 16. Juni 1920, an Lungenerkrankung, Kollege Franz Panisch (Treibriemenbranche) 24 Jahre alt.

München. Am 16. Juli starb unser Kollege, der Tapezierer Franz Kaver Wahr im Alter von 55 Jahren.

Offenbach. Am 8. Juli, Georg Krausel, 26 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse der Buchbinder

Sonnabend, den 7. August 1920, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer, Saal 3

Hauptversammlung

- Tagesordnung: 1. Kassen- und Kontrollbericht vom II. Quartal 1920 2. Wahl der Ortsverwaltung 3. Statutenänderung vom 1. Juli 1920. Die Ortsverwaltung.

Tüchtiger, erfahrener Fachmann,

welcher in der Lage ist, eine Kofferfabrik einzurichten, innerhalb des Betriebes dispositionsfähig ist, zum sofortigen Eintritt für eine Leberwarenfabrik Süddeutschlands gesucht.

Masch. Einrichtung ist vorhanden!

Angeb. mit Zeugnisabschrift unter Z. A. 820 an die Expedition.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder und verwandten Geschäftszweige.

Die am 22. Mai 1920 von den Abgeordneten der ordentlichen Generalversammlung auf dem Wege der schriftlichen Abstimmung beschlossenen Satzungsänderungen haben die Genehmigung des Reichsaufsichtsamts gefunden. Die Drucklegung des Nachtrags ist in Angriff genommen und kommt derselbe nach Fertigstellung umgehend zum Versand. Nachfolgend bringen wir jedoch die wesentlichsten Bestimmungen der vorgenannten Satzungsänderungen zur nochmaligen Veröffentlichung:

Table with 6 columns: Klasse, Grundlohn, Beitrag, Anteilsgeld pro Tag, pro Woche, Sterbegeld. Rows 1-10a.

Die Kassenfunktionäre finden Erläuterungen dazu in der Buchbinderzeitung Nr. 20 vom 9. Mai und der Sattler- und Portefeinler-Zeitung Nr. 18 vom 7. Mai 1920, des ferneren in Rundschreiben Nr. 21, 22 und 24.

Der Zentralvorstand J. A.: G. Zinke P. Städtler

Otto Dietsch, Leipzig-Li.

Fernruf 3340! Lütznerstr. 8 Fernruf 3340!

Spezialgeschäft sämtl. Polstermaterialien.

Tapezierer-Werkzeuge, Posamenten. Solide Preisa. :: :: Prompte Bedienung.

Junger Portefeinler

Spezialist für Reparatur sucht Stellung um sich zu verändern. Angebote unter Z. 210 an die Exped. d. Wl.

Treibriemenfabrik mit Sattlerlei und Ledergeschäft zu verkaufen. Max Fuhrmann Berlin, Brangelstr. 4

Bekanntnis.

Dies ist das Große, was die neue Lehre verkündet: daß sie dem Menschen hinstellt als Arbeiter auf Erden, so auch den Arbeiter hinstellt als Menschen auf Erden, was er bis heute noch nie gewesen war; daß sie den Menschen hinstellt in den Weltraum und auf Erden; die Arbeit hinter ihm, die Gleichheit unter ihm, die Liebe zu seiner Linken, die Gerechtigkeit zu seiner Rechten, die Wahrheit vor ihm und die Freiheit über ihm, aber die Schönheit in ihm! J. Jacoby.

Verwaltungsstelle Hamburg.

Großes Sommerfest

Am Sonnab., den 7. August 1920, nachm. 4 Uhr, im herrlich gelegenen Klein-Flottbeker Park. Bestehend in Preisbelustigung für Damen und Herren. Kindervergünstigungen und nachfolgenden Sommernachtsball. Preis der Karte Mark 2,50 à Person. Kinder frei. Erwerbslose Mitglieder und deren Damen frei! Günstige Fahrgelegenheit: Haltestelle der Altona-Blankenesefer Straßenbahn sowie Vorortsbahn Blankenese bis Klein-Flottbek. Das Festkomitee.